



Freitag, 21. Mai 1976

Blatt 1087

Heute in der "Rathaus-Korrespondenz":

- Kommunal: Wiener Landtag  
(rosa) Wiener Gemeinderat
- Lokal: Frühlingsfest-Sonderfahrten zum Nulltarif  
(orange) Kinder, packt die Badehosen ein  
Penzingerin 100 Jahre alt  
Gratz: Giftstoffe kommen bis 12 Uhr aus Gebäude  
neben der Schule weg  
Verkehrsmaßnahmen in der kommenden Woche  
Wiener Staatsmeister 1975 geehrt  
Eröffnungsprogramm der Wiener Festwochen 1976

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)  
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr, So.  
14 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband

L o k a l :

=====

## fruehlingsfest-sonderfahrten zum null-tarif

1 wien, 21.5. (rk) die wiener verkehrsbetriebe fuehren zum fruehlingsfest auf dem laaer berg, sonntag, dem 30. mai, sonder-autobusse zum null-tarif.

die busse fahren von folgenden bezirken zum kur- und erholungspark, sued-eingang:

simmering, simmeringer hauptstrasse - kaiser-ebersdorfer strasse, haltestelle der linie 73a,

fuenfhaus, westbahnhof, europaplatz,

ottakring, schuhmeierplatz - possingergasse,

hernals, elterleinplatz, haltestelle der linie 9,

waehring, aumannplatz, haltestelle der linie 41,

brigittenau, brigittaplatz vor der kirche,

kagran, donauzentrum vor dem bahnhof,

liesing, liesinger platz, haltestelle der linie 64a.

abfahrt der busse aus den bezirken jeweils um 8, 10, 12, 14 und 16 uhr. rueckfahrt in die bezirke vom kur- und erholungspark, sued-eingang jeweils um 9, 11, 13, 15 und 18 uhr. (ka)

0942

L o k a l :

=====

## kinder, packt die badehosen ein

2 wien, 21.5. (rk) kommenden montag wird auch fuer unsere kleinsten die badesaison beginnen. ab 24. mai werden die kinderfreibaeder wiens wieder taeglich von 10 bis 12 uhr und von 13 bis 17 uhr geoeffnet sein. an besonders warmen tagen wird die badezeit bis 18 uhr verlaengert.

wegen einbau eines neuen schwimbeckens (25 mal 10 meter) samt filter und desinfektionsanlage wird das kinderfreibad augarten erst ab mitte juli in betrieb genommen. das kinderfreibad im pezzlpark bleibt aus technischen gruenden in dieser saison geschlossen. (ba)  
0944

## penzingerin 100 jahre alt

3 wien, 21.5. (rk) ihren 100. geburtstag feierte freitag frau anna w e g i e l , 14, pflegeheim baumgarten, pavillon 3. anna weguel stammt aus tarnov, polen. die witwe hat drei kinder, zwei enkel und zwei urenkel. bezirksvorsteher heinrich m u e l l e r stellte sich als gratulant ein und ueberreichte ein ehrengeschenk der stadt wien. (am)

0945

L o k a l :

=====

gratz: giftstoffe kommen bis 12 uhr aus gebaeude neben der schule weg

6 wien, 21.5. (rk) buergermeister leopold g r a t z hat sich sofort nach bekanntwerden der vorwuerfe, dass unmittelbar neben einer schule in wien 3, eslarngasse giftige stoffe aufbewahrt und gefaehrliche versuche gemacht werden, einen bericht ueber die situation von der ma 39, der schulverwaltung und der amtshaeuserverwaltung vorlegen lassen.

die ma 39 hat berichtet, dass sie alle versuche mit groesster sorgfalt und sicherheit vornimmt, dass die giftigen stoffe verschlossen in einem behaelter in einem isolierten raum, der sich an dem von den schulraeumen am weitesten entfernten ort befindet, aufbewahrt werden.

buergermeister leopold gratz hat aber dennoch angesichts der sorgen der eltern folgende anweisungen gegeben:

1) die giftigen stoffe sind aus dem labor bis heute freitag 12 uhr zu entfernen und an einen ort ausserhalb einer wohngegend zu verbringen.

2) im labor in der eslarngasse sind nur mehr umweltschutzversuche vorzunehmen. an druckflaschen duerfen lediglich jene dort bleiben, die die dafuer notwendigen eichgase enthalten.

buergermeister gratz hat weiters die zustaendigen behoerden angewiesen, in ganz wien zu ueberpruefen, ob an anderen stellen oder in betrieben und unternehmungen aehnliche stoffe gelagert werden, die moeglicherweise eine gefaehrung der bevoelkerung darstellen.

(rp)

1032

L o k a l :

=====

verkehrsmassnahmen in der kommenden woche:

sperre der wiedner hauptstrasse

5 wien, 21.5. (rk) wegen einbautenverlegungen, gleisbauarbeiten und arbeiten des strassenbaus wird ab montag, den 24. mai, die wiedner hauptstrasse ab der mayerhofgasse in richtung stadteinwaerts fuer den durchzugsverkehr gesperrt (zufahrt gestattet). die umleitung erfolgt ueber die mayerhofgasse, favoritenstrasse und gusshausstrasse. die arbeiten werden bis 1977 dauern. in diesem zusammenhang werden am montag, dem 24. mai, als langzeitprovisorien zwei neue verkehrslichtsignalanlagen an der kreuzung mayerhofgasse - graf starhemberg-gasse und an der kreuzung favoritenstrasse - gusshausstrasse in betrieb genommen.

provisorische verkehrssampel in der linzer strasse

zur verbesserung der verkehrssituation im zusammenhang mit den arbeiten in der linzer strasse im 14. bezirk wird am mittwoch, dem 26. mai, an der kreuzung linzer strasse - zehetnergasse eine provisorische verkehrslichtsignalanlage in betrieb genommen. (ger)

1034

Kommunal:

## Wiener Landtag

=====

Wien, 21.5. (RK) Unter dem Vorsitz seines Ersten Präsidenten Maria Hlawka (SPÖ) fand Freitag die 25. Sitzung des Wiener Landtages statt. Es lagen zwei Anfragen der ÖVP sowie ein ÖVP-Antrag betreffend Novellierung des Bundesjugendwohlfahrtsgesetzes vor. Ein Ersuchen des Amtes der niederösterreichischen Landesregierung um Auslieferung des Abg. Blauensteiner (ÖVP) wegen eines Verkehrsdeliktes konnte nicht behandelt werden, da die dem Immunitätskollegium zur Verfügung stehenden Unterlagen für eine Entscheidung nicht ausreichend waren.

Gesetz über Mindestpflanzabstände

Zur Vorlage des Gesetzes über die Mindestpflanzabstände für Kulturpflanzen erstattete Abg. Peska (SPÖ) den Bericht. Er erklärte, daß das Gesetz das Ziel verfolge, die Nutzung der landwirtschaftlichen Betriebsflächen zu erweitern und zu verbessern. Zu nahe den Grundstücksgrenzen vorgenommene Pflanzungen haben bisher oft Ertrag und Qualität der Produkte beeinträchtigt und darüber hinaus die Bearbeitung der Kulturen durch Maschinen erschwert. Die Vorlage dieses Gesetzes wurde ermöglicht, nachdem der Verfassungsgerichtshof die Kompetenz der Länder ausdrücklich festgestellt hat. Bisher gab es in dieser Frage eine Rechtsunsicherheit. Die Vorlage des Gesetzes beweist - sagte Abg. Peska abschließend -, die Absicht des Landes Wien, die Landwirtschaft zu fördern und zur Ertragssteigerung beizutragen.

Abstimmung: In erster und zweiter Lesung einstimmig angenommen.

Auf Antrag des Unvereinbarkeitsausschusses stimmte der Landtag zu, daß Abg. Braun (SPÖ) die Funktion eines Aufsichtsrates des Verlages des Österreichischen Gewerkschaftsbundes Ges.m.b.H. übernimmt.

(Ende des Sitzungsberichtes)

## Wiener Gemeinderat

=====

Wien, 21.5. (RK) Nach dem Landtag trat der Wiener Gemeinderat unter dem Vorsitz von GR. Franz Schreiner (SPÖ) zu einer Sitzung zusammen. Dem Gemeinderat liegen sechs Anfragen der FPÖ und zwei Anfragen der ÖVP vor. 6 Anträge wurden den zuständigen Ausschüssen zugewiesen. Der freihätliche Antrag behandelt die Überlassung weiterer defizitärer Autobuslinien an private Unternehmungen. Themen der ÖVP-Anträge sind: Schaffung eines zweiten Therapieheimes in Wien nach dem Muster des Jugendheimes "Im Werd", Durchführung einer Generalentrümpelungsaktion, Maßnahmen zur Regulierung des Wasserstandes der Alten Donau, Absiedelung des chemisch-technischen Laboratoriums aus der städtischen Volksschule Eslarngasse im 3. Bezirk und die Umwidmung eines Kleingartenvereinsgrundstückes.

Wiener Volksbildungswerk

Eine Subvention in der Höhe von 1,6 Millionen für das Wiener Volksbildungswerk kritisierte GR. Prof. Bittner (ÖVP). Im vorigen Jahr erhielt das Volksbildungswerk 1,2 Millionen. Von diesem Betrag bekam eine neugeschaffene Fachgruppe "Schöpferische Freizeit" allein 914.000 Schilling. Im Wiener Volksbildungswerk sind 200 Einzelvereine zusammengeschlossen. Die Diskrepanz bei der Verteilung der Mittel, die die Fachgruppe "Schöpferische Freizeit" bevorzugt, fällt auf, und daher werde die ÖVP diesem Geschäftsstück nicht zustimmen, erklärte Bittner.

GR. Wiesinger (SPÖ) führte als Referent die Aktivitäten der Fachgruppe auf. Im vorigen Jahr war sie an der Kampagne "In Strauß und Bogen" beteiligt und führt die Aktion Markttheater durch. Für heuer wird die Markttheateraktion fortgesetzt. An zehn Wochenenden wird an drei bis vier Spielplätzen Theater gespielt. Außerdem werden Kulturwanderwege eingerichtet. Diese Aktivitäten konnten nicht mehr rein ehrenamtlich bewältigt werden. Es mußte eigenes Personal dafür bezahlt werden, und diese Kosten sind in dem Betrag für die Fachgruppe enthalten.

Abstimmung: Mit den Stimmen der SPÖ und FPÖ angenommen. (sei)

50 Millionen Schilling für praktische Ärzte

Als nächster Berichtersteller stellte GR. Sallaberger (SPÖ) den Antrag, für die Gewährung von Krediten zur Förderung der Niederlassung praktischer Ärzte in Wien Geldmittel bis zur Höhe von 50 Millionen Schilling zur Verfügung zu stellen. Für Einzelfälle sind Kredite in Höhe von 20.000 bis 300.000 Schilling vorgesehen, die Laufzeit beträgt maximal zehn Jahre, wobei die ersten beiden Jahre zinsfrei sind. Voraussetzungen für die Kreditgewährung sind die Zustimmung des örtlichen Gesundheitsamtes, der Vertrag mit einer Krankenkasse, die österreichische Staatsbürgerschaft sowie der Standort Wien für die neue Praxis.

Als erster Debattenredner stellte GR. Krenn (FPÖ) fest, daß seine Fraktion bereits im Mai 1974 einen Antrag zur Förderung der Niederlassung von Ärzten gestellt habe und bedauerte, daß Zahnärzte in diese Aktion nicht einbeschlossen seien. Seine Fraktion werde dem Antrag gerne zustimmen.

GR. Dr. Zemann (SPÖ) erläuterte die Bemühungen der Stadtverwaltung, die Niederlassung praktischer Ärzte zu fördern. Während alle ärztlichen Planstellen in den Spitälern besetzt sind, nimmt die Zahl der praktischen Ärzte leider laufend ab. 1971 gab es noch 1.098 praktische Ärzte in Wien, 1975 waren es 1.064, und im April 1976 wurden 1.050 gezählt. Die Folgen dieses Ärztemangels sind lange Wartezeiten für die Patienten. Als ärztlich unterversorgt müssen vor allem die Randbezirke Wiens gelten, nämlich die Bezirke 10, 11, 21, 22 und 23.

Zur Förderung der Niederlassung junger Ärzte wurden auch Beratungsstellen eingerichtet. Im Team dieser Beratungsstellen sind Mitarbeiter des Gesundheitsamtes, des Wohnungsamtes, der Finanzverwaltung, der Ärztekammer, der Gebietskrankenkasse und der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien tätig.

Eine wichtige Maßnahme, den Stand des praktischen Arztes attraktiver zu machen, war die Schaffung des Wochenenddienstes in Wien. Nach versuchsweiser Einrichtung im Juni 1967 in einigen Wiener Bezirken wurde der Wochenenddienst im Oktober 1969 auf das gesamte Stadtgebiet ausgedehnt. Der finanzielle Beitrag der Stadtverwaltung für diesen Bereitschaftsdienst, der von anderen Ländern als beispielgebend bezeichnet wird, beträgt pro Jahr mehr als 2,7 Millionen Schilling.

Gut bewährt hat sich auch der Einsatz mobiler Krankenschwestern seit April 1975. Während neun dieser Schwestern in den Bezirken 21 und 22 tätig sind, sollen in nächster Zeit drei weitere Schwestern im 11. Bezirk eingesetzt werden.

Stadtrat Lehner (ÖVP) verwies darauf, daß seine Fraktion bereits im Sommer 1973 die Forderung gestellt habe, junge Ärzte durch zinsenlose Kredite zur Gründung von Praxen zu animieren und bedauerte, daß die nun beantragte Aktion keinen zinsenlosen Kredit vorsieht. Da Existenzgründungskredite für Gastwirte zinsfrei sind, sei nicht einzusehen, warum das nicht auch bei den Krediten für Ärzte möglich sein sollte.

Abstimmung: einstimmig angenommen. (we)

### Subventionen

Stadtrat Mayr (SPÖ) referierte den Antrag, verschiedenen Einrichtungen und Vereinigungen Subventionen in der Gesamthöhe von 7,1 Millionen Schilling zu gewähren.

GR. Dr. Hirnschall (FPÖ) sprach sich gegen die Gewährung einer Subvention in der Höhe von 1 Million Schilling an den Verein zur Förderung der Kirche zur heiligen Dreifaltigkeit aus. Die FPÖ habe stets den Bau einer Kirche auf dem Georgenberg in Mauer abgelehnt, da dieses Gebiet als Erholungsgebiet genutzt werden sollte und an dieser Stelle kein Bedarf für eine Kirche bestehe. Der Betrag sollte besser für die Renovierung einer alten Kirche oder zum Bau einer Kirche in einem Neubaugebiet, wo ein echter Bedarf bestehe, verwendet werden.

Stadtrat Mayr stellte in seinem Schlußwort fest, daß es sich bei der Subvention nicht um eine Förderung des Baus der fast fertiggestellten Kirche handle. Aber durch den Tod Wotrubas seien insofern finanzielle Probleme entstanden, als Kunstwerke, die der Künstler umsonst zur Verfügung gestellt hätte, nunmehr im Ausland angekauft werden müßten.

Die Förderung dieser Kirche entspreche einem offiziellen Wunsch von Kardinal König. Im übrigen sei es begrüßenswert, daß private Bürger viel Mühe und Elan für den Bau dieser auch architektonisch wertvollen Kirche aufbringen.

Abstimmung: Dem Antrag der FPÖ auf getrennte Abstimmung wurde stattgegeben.

Die Liste der Subventionen mit Ausnahme des Vereins zur Förderung der Kirche zur heiligen Dreifaltigkeit wurde einstimmig, die Subventionierung dieses Vereins mit den Stimmen der SPÖ und ÖVP angenommen.

Ausstellung Albin Egger-Lienz

GR. Wiesinger (SPÖ) referierte den Antrag, die Durchführung der Ausstellung Albin Egger-Lienz mit Gesamtkosten in der Höhe von 200.000 Schilling zu genehmigen. Die Ausstellung wird anlässlich des 50. Todestages von Egger-Lienz gemeinsam vom Kulturamt der Stadt Wien und dem Land Tirol durchgeführt.

GR. Prof. Bittner (ÖVP) und GR. Dr. Maria Schaumayer (ÖVP) wandten sich gegen die Form der Bedeckung aus dem Kulturschilling und verlangten eine getrennte Abstimmung über Durchführung und finanzielle Bedeckung der Ausstellung.

Abstimmung: Die Durchführung der Ausstellung wurde einstimmig, die Form der Bedeckung mit den Stimmen der SPÖ und FPÖ angenommen.

Neue Sportanlage im 2. Bezirk

GR. Hirsch (SPÖ) referierte den Antrag über die Errichtung einer Sportanlage südlich der Wehlistraße im 2. Bezirk.

GR. Bednar (SPÖ) hob drei Aspekte im Zusammenhang mit der Errichtung dieser Sportanlage besonders hervor:

- 1) Der Sportverein Elektra erhält eine neue und bessere Sportanlage, die darüber hinaus auch der Jugend in der Leopoldstadt überhaupt zusätzliche Möglichkeiten zur Sportausübung eröffnen wird.
- 2) Die neue Sportanlage entsteht auf einer devastierten Fläche in der Nähe des Stadions. Das Sportzentrum Stadion wird ergänzt, Erholungsgebiete des Praters werden durch die neue Sportanlage nicht in Anspruch genommen.
- 3) Auf der Fläche des bisherigen Elektra-Platzes werden kommunale Wohnhausbauten errichtet.

Bednar legte in diesem Zusammenhang ein klares Bekenntnis zum kommunalen Wohnbau ab, der für die Sozialisten Wiens eine unabdingbare Forderung darstelle. Es gebe genügend Beweise, daß der kommunale Wohnbau billiger Wohnungen zur Verfügung stellen könne, als der genossenschaftliche oder private Wohnungsbau. (ger)

Leichtathletik-Kunststoffbahn

GR. Dr. Müller (SPÖ) referierte den Antrag, im Praterstadion eine Leichtathletik-Kunststoffbahn um acht Millionen Schilling einzubauen. Die Hälfte der Kosten übernimmt der Bund. GR. Ludwig (SPÖ) erklärte, daß dieser und der vorangegangene Antrag deutliche Beweise für die Unterstützung des Breiten- und Spitzensports durch die Gemeinde Wien

sind. Der vollsynthetische Belag - erstmals 1968 bei der Olympiade in Mexiko angewandt - hat seither großartige Rekordleistungen ermöglicht. Man hat sich für den teureren Polyuretanbelag entschieden, weil er vielfach erprobt, pflegeleicht, spikesicher und äußerst dauerhaft ist. Neben dem Stadion wird auch das Hallenstadion im Prater einen solchen Belag bekommen.

GR. Arthold (ÖVP) erklärte, daß die ÖVP unter Bürgermeister Slavik mehrmals einen Kunststoffbelag beantragt hat. Damals ist das abgelehnt worden. Jetzt steht in der Zeitung "Slavik machts möglich". Nicht Slavik, sondern der Gemeinderat faßt nun diesen Beschluß. Arthold kritisierte, daß bisher von der Stadionverwaltung keine Vorschläge gemacht wurden, um den Besuch dieser Sportstätte zu steigern. Ein ÖVP-Antrag betreffend den Kauf des ehemaligen Wackerplatzes durch die Gemeinde Wien, ist noch immer nicht erledigt.

Im Schlußwort erklärte der Berichterstatter, daß man keineswegs die Wiener Sportförderung schönfärben wolle, daß man aber gleichzeitig die Leistungen sehen muß: International anerkannte Sportstätten wurden und werden errichtet oder ausgebaut, neben dem Praterstadion das Hallenstadion, das Weststadion, das Stadthallenbad, die Donauparkhalle etc.

Abstimmung: einstimmig angenommen. (smo)

#### Allgemeines Krankenhaus

Wir haben beim Bau des Allgemeinen Krankenhauses nichts zu verbergen, erklärte Gesundheitsstadtrat Prof. Alois Stacher. Nach Stacher waren für die ganze Organisation jahrelang Vertreter beider im Gemeinderat vertretenen großen Parteien verantwortlich. Stacher verstehe daher manche Aussprüche von ÖVP-Politikern nicht, die in letzter Zeit in Zeitungen publiziert wurden. So sprach Stadtrat Lehner vom "unheilbaren Krankenhaus", der ÖVP Gesundheitssprecher Wiesinger vom größten Skandal und der größten Pleite der Zweiten Republik. Die ÖVP beteuert zwar, die Situation nicht durch die Parteibrille zu sehen, führt aber die Kampagne über das AKH seit einem Jahr und zufällig fand im Herbst vorigen Jahres eine wichtige Wahl statt.

Stadtrat Stacher bekannte sich dazu, der Presse jegliche Information zu geben. Er sei aber nicht bereit, für Parteibelangsendungen Patienten belästigen zu lassen. Daher habe er die Weisung gegeben, in den Krankenanstalten keine Fernhaufnahmen für Parteibelangsendungen zuzulassen.

Stadtrat Stacher gab dann einen ausführlichen Bericht über die Gründe, die zum Bau des AKHs geführt haben, über den Baufortschritt, über das Ergebnis des Gutachtens und über bereits gezogene Konsequenzen aus dem Gutachten. Bereits bei der Planung in den Jahren 1960 bis 1963 diskutierte man, ob das AKH an dem jetzigen Ort oder am Stadtrand beziehungsweise ob es eher im Pavillonsystem gebaut werden sollte oder als Zentralbau. Die Tatsache, daß das Krankenhaus am jetzigen Standort näher bei der Universität und im Zentrum der Stadt war, außerdem, daß damals in der ganzen Welt Zentralbauten als modernste und betriebswirtschaftlichste Form des Krankenhausbaues galten, war für die getroffene Entscheidung eines Zentralbaues maßgebend.

Im Laufe des Jahres 1974 wurden immer mehr Stimmen laut, daß die komplizierte Struktur der Bauleitung und des Bauausschusses vor allem in der Endphase des Baues des Kerngebäudes zu schwerfällig sei und daß deshalb wichtige Entscheidungen nicht rechtzeitig getroffen werden können. Diese Überlegungen führten im September 1975 zur Gründung der "Allgemeinen Krankenhaus Wien-Planungs- und Errichtungs-AG". Die Gesellschaft hat auch das in letzter Zeit viel zitierte Gutachten über das AKH in Auftrag gegeben.

Wesentliche Ergebnisse des Gutachtens sind:

1. Die Bauherrenorganisation in der ursprünglichen Form war zu kompliziert, die Bauleitung war in ihrer Entscheidungskompetenz eingeschränkt.
2. Nach Übergabe des Gebäudes Kinderklinik-Psychiatrie stellt sich verstärkt das Problem der Betreuung und Wartung haus- und medizintechnischer Anlagen. Mehrfach wird in dem Gutachten eine Zahl von 80 bis 100 Millionen Schilling genannt, die für Restinvestitionen in der Kinderklinik notwendig ist. Davon ist ein überwiegender Teil für noch nicht bestellte Anschaffungen nötig, ein geringer Prozentsatz für echte Sanierungsmaßnahmen, die zum Teil allerdings als Garantiefälle von Firmen bezahlt werden müssen.

3. In der Zeit von 1969 bis einschließlich 1974 waren im Allgemeinen Krankenhaus nie mehr als 1.844 Betten belegt. Die Kapazität der Gesamtanlage war, bei Vernachlässigung der Sperrtage, nur mit 67,6 Prozent ausgelastet.

4. Die ambulanten Leistungen der Kliniken sollen durch die Organisation zentraler medizinischer Dienste garantiert werden.

5. Die geplanten Lehreinrichtungen sind als zukunftsgerecht anzusehen. Bei der Auswahl der Bewerberinnen für den Krankenpflegedienst sollte strenger vorgegangen werden.

6. In der Planung scheinen in der Relation zu den Funktionsflächen zu viele Nebenflächen auf.

7. Gegenwärtig besteht die Schwierigkeit, daß Bundesbedienstete, bei der Stadt Wien Angestellte und Privatangestellte nebeneinander im Krankenhaus arbeiten. Dem entspricht auch die Doppelgleisigkeit in der Betriebswirtschaft und in den Investitionen.

8. Für den Kern der Anlage ist es wichtig, für Müllentsorgung, Speiserversorgung und die Reinigungsdienste Konzepte zu entwickeln.

9. Die Planung der medizinisch-technischen Einrichtung ist in der Inderklinik-Psychiatrie mangelhaft.

Aus dem Gutachten wurden auf Vorschlag der AKPE am 24. März 1976 folgende Entscheidungen getroffen:

1. Die zuletzt geplanten 2.730 Akutbetten werden auf 2.100 verringert.

2. Die Zusammenlegung von derzeit bestehenden Doppelkliniken wird geprüft.

3. Die vorhandenen medizinisch-technischen Einrichtungen sind, soweit sie nicht überaltet sind, im neuen Gebäude zu verwenden.

4. Tageslichtzonen sollen durch Anordnung von Lichthöfen oder durch andere Umstrukturierungen geschaffen werden.

5. Alle Voraussetzungen zur Schaffung einer technischen Betriebsführung in Form einer geeigneten Betriebsgesellschaft sind auszuarbeiten.

Alle Diskussionen, ob ein Zentralbau oder ein Pavillonbausystem günstiger wäre, sind derzeit sinnlos. Vom heutigen Standpunkt aus würde man einen Pavillonbau oder ein System, in dem man auch bei einem Zentralbau einzelne Bauabschnitte nacheinander in Betrieb nehmen könnte, vorziehen. Zum Zeitpunkt des Beschlusses hat aber die ganze Welt Zentralbauten errichtet und derzeit ist der Bau so weit fortgeschritten, daß eine Änderung nicht mehr möglich ist. Die bisher bestehenden Schwächen in der Organisation der Bauführung lassen sich durch die explosive Entwicklung und Technisierung der Medizin, der im Rahmen der ursprünglich konzipierten, der Koalition entsprechenden schwerfälligen Bauleitung nicht rechtzeitig Rechnung getragen wurde, erklären.

Durch die Gründung der AKPE, die ein rasches Handeln möglich macht, sind diese Strukturschwächen beseitigt. Um die Interessen der Nutzer zu wahren, wurde auch ein Komitee geschaffen, in dem Beamte des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung, des Bundesministeriums für Gesundheit und Umweltschutz, des Finanzministeriums, des Professorenkollegiums und der Stadt Wien die Wünsche der Bauherren koordinieren. Auch das Professorenkollegium hat einen Bauausschuß mit zwei verantwortlichen Professoren (Prof. Dr. Deutsch und Prof. Dr. Steinbereithner) geschaffen, sodaß ein optimaler Fortgang der Arbeiten von allen Seiten zu erwarten ist. (sei)

#### Gegen Verzerrung der Tatsachen

Als erster Debattenredner kam GR. Dinhof (SPÖ) auf die Problematik derartiger Großbauten zu sprechen. Vermutlich gibt es überhaupt kein Bauvorhaben, das gänzlich ohne Probleme ist, doch Bau-probleme als Skandale zu bezeichnen, sei eine Verzerrung der Tatsachen.

Am alten Allgemeinen Krankenhaus, das seit 200 Jahren besteht, werde ständig umgebaut. Das zeigt, daß es auch beim neuen Allgemeinen kaum zu einem Stillstand der Bautätigkeit kommen dürfte.

Die besonderen Probleme seien auch aus der Kompetenzvielfalt erwachsen. Die nunmehr vorgenommene Umstrukturierung habe auf diesem Gebiet Wandel geschaffen. Jedenfalls dürfe der Bau nicht immer wieder durch notwendig erscheinende Veränderungen aufgehalten werden.

Im Hinblick auf den künftigen Betrieb meinte Dinhof, daß schon der Rechnungshof darauf hingewiesen habe, es sei unzweckmäßig, ein derartiges Krankenhaus als Magistratsabteilung zu führen, statt die modernen Mitteln des Managements einzusetzen. Vergleiche mit ausländischen Kliniken gleichen Ausmaßes seien deshalb nicht möglich, weil in Wien der geplante Ambulanzbetrieb größere Frequenzen bedinge. (we)

#### Bauausschuß war verunsichert

Stadtrat Lehner (ÖVP) kritisierte die kurze Zeit, die zum Studium des Berichtes zur Verfügung gestanden sei. Er wandte sich dagegen, dem ehemaligen Gesundheitsstadtrat Dr. Otto Glück die Schuld für begangene Fehler zuzuschreiben, aufgrund der Verwaltungsstruktur der Stadt Wien seien weit mehr der Bau- und der Planungsstadtrat federführend gewesen.

Der von Stadtrat Stacher zitierte einstimmig beschlossene Zielplan sei lediglich als Arbeitsgrundlage zu verstehen. Er könne und müsse ständig modifiziert werden.

Das von Stadtrat Stacher vor drei Tagen verhängte Verbot von Fernsehaufnahmen für Belangsendungen sei eine Einschränkung der Informationsfreiheit, da durch Aufnahmen auf der Baustelle keine Patienten gestört würden.

Stadtrat Lehner kritisierte weiters, daß der Spitzenausschuß jahrelang überhaupt nicht zusammengetreten sei. Der Bauausschuß sei dadurch verunsichert und in seiner Arbeit behindert worden. Auftragserteilungen seien verzögert worden, wodurch große finanzielle Schäden entstanden seien.

Beim einem Projekt von der Größenordnung des Allgemeinen Krankenhauses müsse einmal die Stunde Null kommen. Von diesem Zeitpunkt an müsse zügig gebaut und nicht ständig weiter umgeplant werden. Für die Bereitstellung der nötigen finanziellen Mittel für ein solches Projekt sei nicht in der nötigen Form gesorgt worden. Die durch das Gutachten festgestellten Mängel dürften nicht bagatellisiert werden und man dürfe nicht so tun, als ob ihre Beseitigung nun "im Schnellzugstempo" veranlaßt worden sei. Bei der Anzahl der Betten sei eine Reduzierung um die Hälfte eingetreten. Dieser Umstand sei nicht dazu angetan, die Bevölkerung

zu beruhigen. Abschließend äußerte Stadtrat Lehner die Befürchtung, daß die Chirurgen im Allgemeinen Krankenhaus durch mangelhafte Ausstattung überfordert werden könnten. (ger)

#### "ÖVP mitverantwortlich"

GR. Dr. Hirnschall (FPÖ) erklärte, daß die Vorgänge um den AKH-Neubau nicht anders als "Pleite" oder "Skandal" bezeichnet werden könne, wenn auch auf anderer Ebene als der Bauring-Skandal. Auch die politische Verantwortung ist in diesem Fall anders. Sie trifft die ÖVP im gleichen Maße wie die SPÖ. Jahre hindurch waren im sogenannten Spitzenausschuß auch die zuständigen ÖVP-Politiker vertreten. Das AKH ist daher mit allen seinen Mängeln und Hypotheken ein Denkmal der schwarz-roten Rathauskoalition. Wenn heute eine Aussprache über das AKH im Gemeinderat stattfindet, so habe sich die FPÖ diese anders vorgestellt. Bürgermeister Gratz hat zwar bei Amtsantritt von "Waffengleichheit" gesprochen. Zum AKH bringt die "AZ" Auszüge aus den Gutachten des dreigliedrigen Expertenteams, der Opposition wird aber der Einblick in das Gutachten verweigert. Das heute vorgelegte zwölfseitige Stacher-Papier ist dafür kein Ersatz.

Dr. Hirnschall wies dann auf einige bekannt gewordene Mängel hin, die man nicht anders als Katastrophe bezeichnen könne: Wenn etwa in der Kinderklinik teure Apparate, Millionenwerte, bereits unbrauchbar und irreparabel geworden sind, wenn der Prozentsatz der aus technischen Gründen gesperrten Betten höher als in anderen Krankenhäusern ist, wenn 95 Prozent der Labors und Arbeitsräume keine Fenster haben. Durch die Kritiklosigkeit und mangelnden Einsatz der Politiker wird der bisherige Zeit- und Milliardenverlust nicht mehr zu korrigieren sein. (smo)

#### Mehr Geld gefordert

Als nächster Debattenredner kam GR. Hahn (ÖVP) auf das Finanzierungsproblem zu sprechen. Bereits am 12. Dezember 1974 habe er bei der Behandlung des Budgets 1975 ausdrücklich darauf

hingewiesen, daß das Allgemeine Krankenhaus nach Meinung der ÖVP von einer Finanzpleite beziehungsweise von einer unendlich verlängerten Baudauer bedroht sei. Da bis 1975 von Bund und Gemeinde insgesamt 2,7 Milliarden verbaut wären und 13 Milliarden offen seien, würde man niemals mit einer Baurate von 580 Millionen auskommen. Hahn habe damals gefordert, den doppelten Betrag im Budget einzusetzen und in einem Antrag an Bürgermeister Gratz einen gemeinsamen Beratungsausschuß verlangt, dem außer Spitzenvertretern des Bundes und der Stadt Wien auch Vertreter der Opposition angehören sollten. Gratz habe dies jedoch in seinem Brief vom 13. Jänner 1975 abgelehnt.

Als ab Mai 1975 klar war, daß nur 580 Millionen zur Verfügung standen, jedoch über eine Milliarde hätte verbaut werden können, habe die ÖVP eine ähnliche Konstruktion wie bei der IAKW vorgeschlagen. Bei der Pressekonferenz anläßlich der Beschlußfassung über die AKPE im September vorigen Jahres hätte Finanzminister Androsch erklärt, ein Finanzierungsplan werde bis Mai 1976 erstellt werden. In einem Radiointerview habe Androsch nun erklärt, über die Finanzierung werde erst gesprochen, wenn die Planung abgeschlossen sei.

Wenn jetzt die gleiche Lösung gefunden werde wie bei der UNO-City, werde man niemals mit Baukosten von 30 Milliarden beziehungsweise nach Einsparungen mit 27 Milliarden das Auslangen finden, meinte Hahn. Denn bei der UNO-City betragen Zinsendienst und Kapitalmarkt-Tilgung mehr als die echten Baukosten: 6,2 Milliarden Baukosten stehen 6,8 Milliarden Finanzierungskosten gegenüber. Die Budgets der Achtziger-Jahre werden dann nur mehr mit Zinsendienst verpfastert sein; die Verschuldung der Stadt Wien betrage jetzt schon - wenn man die Stadtwerke mit neun Milliarden dazurechnet - 15 Milliarden Schilling. Wien werde dann eine der verschuldetsten Städte Österreichs sein. Ende 1974 habe der Schuldenstand Wiens pro Kopf der Bevölkerung bereits 9.576 Schilling betragen.

Abschließend brachte GR. Hahn den Beschlußantrag ein, das in den Massenmedien auszugsweise bekanntgewordene Gutachten über das Bauvorhaben Allgemeines Krankenhaus Wien, das von drei ausländischen Experten erstellt wurde, möge allen Mitgliedern des Wiener Gemeinderates umgehend vorgelegt werden. (we)

#### Zu lange Planung

GR. Krenn (FPÖ) stellte fest, daß der FPÖ kein Exemplar des Gutachtens zur Verfügung gestellt worden sei. Er stellte den Antrag, Bürgermeister Gratz möge veranlassen, daß unverzüglich jedem Gemeinderatsklub ein Exemplar des Gutachtens zur Verfügung gestellt werde.

Die Verantwortung für das Allgemeine Krankenhaus hätten beide Großparteien zu tragen, die im Spitzenausschuß paritätisch vertreten gewesen seien. Jetzt "gäbe" es plötzlich keine Verantwortlichen, das Nachsehen habe der Steuerzahler, der als Erbe der Koalition die Zeche zu bezahlen habe. Die FPÖ habe stets kritisiert, daß der halbfertige Bau bereits technisch veraltet und "verplant" sei. Durch Verzögerungen im Bau und zu lange Planungen sei eine ungeheure Kostenexplosion eingetreten.

Die Stadt Wien habe sich mit dem gleichzeitigen Bau des Donauhochwasserschutzes, der U-Bahn-, der UNO-City und des Allgemeinen Krankenhauses übernommen.

#### ÖVP konnte mitsprechen

GR. Windhab (SPÖ) erklärte, der Spitzenausschuß sei paritätisch zusammengesetzt gewesen, die ÖVP habe immer Gelegenheit gehabt, in vollem Maße mitsprechen.

Auch Fachleute hätten in hohem Maße mitgesprochen. Die Klinikvorstände konnten zum Raum- und Funktionsprogramm Stellung nehmen, auch an der Standortwahl seien die Klinikvorstände maßgeblich beteiligt gewesen.

Zum Zeitpunkt der Planung habe Einigkeit über die Wahl eines Zentralbaues geherrscht, kein einziges Projekt für einen Pavillonbau sei damals eingelangt.

Für das Gesundheitswesen der Stadt Wien seien die ÖVP-Stadträte Weinberger und Glück verantwortlich gewesen. Stadtrat Stacher habe bei seinem Amtsantritt eine mangelhafte Planung vorgefunden und die Konsequenzen gezogen. Als Grundlage für die Weiterarbeit sei ein Gutachten angefordert worden, das nun vorliege.

Nicht nur beim Bau des Allgemeinen Krankenhauses, sondern auch beim Bau anderer Großkrankenhäuser im Ausland gäbe es gewisse Probleme.

Der medizinische Wissensstand verdopple sich in zehn Jahren. Die Anpassung an diesen Fortschritt erfordere auch entsprechende neue Geräte, damit aber seien selbstverständlich auch Kostensteigerungen verbunden. Ohne Kostensteigerungen könnte man zum Zeitpunkt der Fertigstellung nur ein höchst veraltetes Krankenhaus in Betrieb nehmen. (ger)

#### Keine Aufnahmen für Parteisendungen

Anschließend meldete sich Stadtrat Stacher (SPÖ) zu Wort, um zu einigen Behauptungen Stellung zu nehmen. Zum Vorwurf, es sei zu wenig Zeit gewesen, den Bericht zu studieren, sagte Stacher, er habe den Bericht fast wörtlich vorgelesen, überdies sei er vorher verteilt worden. Er - Stacher - habe auch nicht gesagt, daß Personalfragen nicht mehr existierten. Im Gegenteil habe er immer wieder auf das schwierige Personalproblem hingewiesen. Was das Verbot von TV-Aufnahmen für Parteisendungen betrifft, so stehe er - Stacher - zu dieser Weisung. Keine Partei werde dafür die Genehmigung erhalten. Hingegen werde man jederzeit bereit sein, die Öffentlichkeit ausführlichst zu informieren.

Die Behauptung, daß die Bettenkapazität um fünfzig Prozent reduziert worden sei, stimme nicht, sagte Stacher. Von den ursprünglich vorgesehenen 3.000 Betten werden 2.100 verwirklicht. Was die Orthopädie betrifft, so wisse man, daß auf diesem Sektor ein Bettenmangel bestehe. Diese Betten müßten aber nicht unbedingt im AKH sein, sondern könnten in anderen Spitälern eingerichtet werden. (smo)

GR. Franziska Fast (SPÖ) warf der ÖVP Konzeptlosigkeit für die Zeit vor, in der sie verantwortlich war. Heute aber wolle die ÖVP die Versäumnisse anderen in die Schuhe schieben. Warum hat sich die ÖVP nicht 1968, als sie die Mehrheit im Bund hatte, diese Frage gestellt? Jetzt wurde von der SPÖ ein neuer Weg gefunden und ein neues Konzept vorgelegt, erklärte Fast abschließend.

#### AKH-Bau finanziell gesichert

Finanzstadtrat Mayr (SPÖ) ging auf finanzielle Belange ein. Der bisherige Baufortschritt war, und der zukünftige wird durch die finanzielle Bedeckung nicht eingeschränkt. Mängel ergaben sich aus technischen und organisatorischen Problemen. So blieben im

vergangenen Jahr 160 Millionen übrig, die nicht verbaut wurden. Die neugegründete AKPE hat diesen Betrag für das heurige Jahr herüber genommen und so stehen heuer eine Milliarde und 60 Millionen zur Verfügung. Je 300 Millionen haben der Bund und die Stadt Wien bereits budgetiert, weitere je 150 Millionen werden zur Verfügung gestellt. Damit kann das Bautempo optimal aufrecht erhalten werden. Der ÖVP warf Mayr vor, in der Frage der Anleihenfinanzierung den Standpunkt innerhalb kurzer Zeit gewechselt zu haben. Für ein Jahrhundertprojekt, wie es das AKH sicherlich ist, sei es zu verantworten, die Belastungen über eine Generation hinaus zu verteilen, erklärte Mayr abschließend. (sei)

Als letzter Debattenredner verlangte GR. Zörner (ÖVP), die Wiener Bevölkerung müsse darüber aufgeklärt werden, was es bedeute, das Allgemeine Krankenhaus mit Fremdkapital weiterzubauen. Es müssten endlich Prioritäten gesetzt werden, und es sei wichtiger, das Allgemeine Krankenhaus fertigzustellen als die UNO-City. Die Wiener Bevölkerung sei überaltert, daher müssen optimale Vorkehrungen zur Behandlung von Kranken und zur Heranbildung praktischer Ärzte getroffen werden. (we)

(Ende des Sitzungsberichtes)

- - -

L o k a l :

=====

wiener staatsmeister 1975 geehrt

11 wien, 21.5. (rk) mit dem wiener sport kann es nicht so schlecht bestellt sein, wie oft behauptet wird, wenn allein im jahre 1975 273 wiener sportler oesterreichische staatsmeister wurden, erklarte stadtrat kurt h e l l e r donnerstag abend bei einer ehrung der stadt wien fuer diese sportler. die sportler erhielten eine erinnerungsplakette der stadt wien. (sei)

1233

L o k a l :

=====

## eroeffnungsprogramm der wiener festwochen 1976

14 wien, 21.5. (rk) mit einer reihe von konzerten in der inneren stadt wird heuer bereits vor der offiziellen eroeffnung durch bundespraesident dr. rudolf kirchschlaeger am samstagnachmittag das eroeffnungsprogramm der wiener festwochen beginnen. um 17 uhr findet im heiligenkreuzerhof das bereits tradition gewordene konzert der wiener saengerknaben statt, um 18 uhr folgt ein konzert der lainzer jagdmusik im burggarten, um 18.30 uhr ein chorkonzert von jung-wien vor der kirche maria am gestade. um 19 uhr spielt auf dem heldenplatz die polizeimusik wien auf und gleichzeitig bestreitet auf dem platz am hof eine volkstanzgruppe das programm. ab 19.30 uhr schliesslich erklingt auf dem rathausplatz blasmusik. das rathaus selbst wird ebenso wie alle staedtischen gebaeude anlaesslich der festwocheneroeffnung ab freitag, 21. mai, nachmittags bis montag, 24. mai, mit rot-weissen und rot-weiss-roten fahnen beflaggt.

die eigentliche eroeffnungszeremonie beginnt um 20.30 uhr vor dem rathaus. die begruessung wird vizebuergermeisterin gertrude froehlich-sandner vornehmen, als festredner fungieren buergermeister leopold gratz und unterrichtsminister dr. fred sinowatz. die feierliche eroeffnung nimmt dann bundespraesident dr. rudolf kirchschlaeger vor. anschliessend wird das ballett der wiener staatsoper vor dem rathaus mit festbeleuchtung den donauwalzer tanzen. den stimmungsvollen abschluss bildet dann ein blasmusikkonzert. (may)